

Stellungnahme Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 7 der Ratssitzung am 17.11.2011

„Strategische Entwicklung der Stadt Olsberg“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister; meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich in mehreren Sitzungen ausgiebig des obigen Themas angenommen und ich muss sagen: Selten fiel es uns so schwer eine befriedigende Antwort auf die seitens der Verwaltung ausgearbeitete und uns hier vorliegende Handlungsmatrix zu finden.

Da prinzipiell alle Handlungsfelder miteinander verknüpft sind, fällt es äußerst schwer, eine Rangfolge festzulegen, nach der die einzelnen aufgeführten Maßnahmen abzarbeiten wären.

Gleichwohl ist unserer Fraktion bewusst, dass nach einer etwas länger als 1 Jahr dauernden Vorbereitung durch div. Strategieworkshops; Arbeitskreise usw. insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltsaufstellung für das kommende Jahr, die Verwaltung seitens der Politik ein klares Signal haben möchte, wo der Weg der Stadt Olsberg in den kommenden Jahren hinführt und welche Maßnahmen als erstes durchgeführt werden sollen/können, obwohl es erst einmal primär Aufgabe der Verwaltung ist, im Vorfeld mitzuteilen, wie das zur Verfügung stehende Gesamtbudget auf die einzelnen Budgetbereiche verteilt werden soll.

Nichtdestotrotz haben wir anhand der ausgearbeiteten Handlungsfelder versucht, zu priorisieren.

Für unsere Fraktion haben die folgenden Handlungsfelder entsprechend Ihrer nachstehenden Reihenfolge bei der Entwicklung unserer Stadt Priorität:

- Handlungsfeld 4 – Familie, Kinder, Jugendliche und Senioren
- Handlungsfeld 3 – Bildung und Ausbildung
- Handlungsfeld 2 – Wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung
- Handlungsfeld 1 – Stadtentwicklung/Infrastruktur
- Handlungsfeld 5 – Gesundheit; Freizeit; Kultur

Wobei wir die Handlungsfelder 2; 1 und 5 in etwa als fast gleichwertig ansehen.

Hierzu aber später.

Jetzt ersteinmal die Begründung, warum wir das Handlungsfeld 4 an die Nr. 1 unserer Prioritätenliste gesetzt haben:

Um überhaupt im Rahmen der Handlungsfelder 1 – 3 und Handlungsfeld 5 einen entsprechenden Handlungsbedarf zu haben und „sinnvolle“ Investitionen tätigen zu können bzw. müssen, sind als erstes Bemühungen erforderlich, die Bevölkerungszahl und -struktur so weit wie möglich stabil zu halten.

Familienfreundlichkeit ist als oberste Priorität zu verankern um Abwanderung zu verhindern.

Dies kann dann durch diverse Maßnahmen erfolgen, die ja auch tlw. bereits umgesetzt werden, wie z. B. weiterer Ausbau der U 3-Betreuung; Initiative zur „offenen Jugendarbeit“; die Kinderfreundlichkeit und –sicherheit durch den Ausbau von Radwegen unterstützen; preiswerte Baugrundstücke anbieten, um nur einige zu nennen.

Olsberg sollte in Zusammenarbeit mit der Josefsgesellschaft zu einem behindertengerechten Vorbild ausgebaut werden. Noch immer gibt es viele Einrichtungen; Geschäfte u. ä. wo keine Barrierefreiheit herrscht.

Zu einer familienfreundlichen Stadt gehört für uns auch die Beratung der Familien, hinsichtlich der Nutzung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz div. Elektrischer Geräte usw. , wie es bereits viele Kommunen vormachen. Im Hinblick auf die Energiewende bis zum Jahr 2022 sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein.

Diese Maßnahmen würde sicher vielen Familien helfen, die seitens der Energieriesen prognostizierten 40 € pro Familie Mehrkosten für die sog. Ökostromumlage, etwas besser aufzufangen.

Das Handlungsfeld Bildung und Ausbildung ist grds. sicher ebenfalls hoch einzustufen, jedoch zeichnet sich hier ja ab, dass a. G. der Ertüchtigung der Schulen in den vergangenen Jahren ein recht übersichtlicher finanzieller Aufwand ausreichen wird, um die gesteckten Ziele, wie z. B. die voraussichtliche Einführung der Sekundarschule, zu erreichen.

Die weiteren Aufgaben gehören grds. unseres Erachtens nach zu den lfd. Aufgaben der Stadt als Schulträgerin.

Wie bereits oben erwähnt, ist es sehr problematisch, die Handlungsfelder völlig unabhängig voneinander anzugehen.

Somit würden wir die weiteren 3 Handlungsfelder grds., wie bereits zuvor erwähnt, auf eine Stufe stellen, jedoch muss man den Sinn des Zentrenkonzepts 2015 doch mal hinterfragen.

Wenn unser oberstes Ziel in 10 Jahren der Haushaltsausgleich sein soll, dann stellt sich schon die Frage, ob die angedachten Maßnahmen finanzierbar sind und dadurch erheblich wichtigere Maßnahmen im Rahmen der weiteren Handlungsfelder in den Hintergrund gedrängt werden?

Wir sollten hier zwar die begonnenen und bis zum Jahr 2013 geplanten Maßnahmen abschließen, die für die Folgejahre geplanten Umbaumaßnahmen bis zum Zeitpunkt nach dem Haushaltsausgleich verschieben.

Was jedoch unter keinen Umständen geschehen darf ist, dass der Ortsteil Bigge verkehrstechnisch für die Kernstadt geopfert wird, wie man momentan nach den ersten durchgeführten Maßnahmen des Zentrenkonzeptes befürchten muss.

Um alle gesteckten Ziele einigermaßen zufriedenstellend bearbeiten zu können, ist es erforderlich, die Einnahmenseite zu erhöhen. Dies geht nur, wenn wir bereit sind, viel stärker als bisher auf erneuerbare Energien zu setzen. Die Stadt Olsberg ist weit und breit die einzige Gemeinde, wo sich kein einziges Windrad dreht. Diesem Novum muss dringendst abgeholfen werden. Ziel sollte sein, die Stadt Olsberg energieautark zu machen.

Die Wirtschaft würde hiervon profitieren; es gäbe für unsere Jugendlichen Ausbildungsplätze; die Stadt Olsberg hätte entsprechend höhere Gewerbesteuererinnahmen und auch der Gesundheitstourismus würde sicher davon profitieren können.

Dies bedarf gehöriger Anstrengungen!

Ich bin mir jedoch sicher, dass es nur so möglich sein wird, aus dem Schuldendilemma herauszukommen und die Stadt für die Zukunft auszurichten.

Außer den bereits bekannten Sparmaßnahmen, wie

- Verlegung der Heimatbücherei in die Stadtbibliothek
- Lfd. Überprüfung, welche städtischen Gebäude, wie z. B. Feuerwehrhäuser; Schulgebäude usw., werden noch benötigt?
- Lfd. Überprüfung der Notwendigkeit der „freiwilligen Leistungen“

sind u. E. nach kaum noch Sparmaßnahmen möglich.

Auch ein weiterer Abbau des Personals im Bauhof ist nicht vertretbar.

Vor all diesen Maßnahmen sollte jedoch folgender Leitgedanke stehen:

„Unsere Bürger müssen sich trotz Nothaushalt und der damit verbundenen schmerzlichen Einschnitte, in unserer Stadt wohlfühlen“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit